



Presseschau vom 12.02.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Lawrow zu Nordkorea-Streit: „Der Klügere muss nachgeben“
Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat die Lage auf der koreanischen Halbinsel kommentiert. Niemand hat laut dem Minister die Militärmanöver der USA und Südkoreas verboten, sie sind legitim. Im Nordkorea-Streit müsse aber der Klügere nachgeben, hat Lawrow im russischen Fernsehen erklärt.

Lawrow verwies darauf, dass Russland und China eine Initiative des „Doppel-Einfrierens“ auf den Tisch gelegt hatten. Der Initiative zufolge sollen Nordkorea auf die Atomtests und Raketenstarts verzichten und die USA sowie Südkorea auf ihre Militärübungen oder zumindest deren Ausmaß stark reduzieren.

„Damals haben uns die Amerikaner gesagt, es sei inakzeptabel, weil niemand diese Militärübungen nirgendwo verboten hätte, es sei eine legitime internationale Tätigkeit, die nordkoreanischen Atomtests und Raketenstarts seien aber vom UN-Sicherheitsrat verboten worden“, sagte der russische Außenminister.

Lawrow fügte hinzu, er habe US-Außenminister Rex Tillerson und vorher seinem Amtsvorgänger John Kerry als Antwort auf dasselbe Argument über das Inakzeptable des „Doppel-Einfrierens“ für die Amerikaner gesagt, wenn die Lage in einen gefährlichen Zustand gerate, müsse der Klügere nachgeben.

de.sputniknews.com: Situation um gesperrte russische Sportler hat politischen Hintergrund – Lawrow

Die Situation um die russischen Sportler, die von den Olympischen Spielen ausgeschlossen wurden, hat einen politischen Hintergrund, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow. Für Lawrow soll es eine angenehme Überraschung gewesen sein, „als der Internationale Sportgerichtshof eine Entscheidung zur Rechtfertigung unserer Sportler traf.“

„Aber gleich ertönten die Worte der WADA-Führung und der Führung der US-Anti-Doping-Agentur, was vorhersehbar war, dass diese Gerichtsentscheidung für Empörung Sorge, dass sie alle „sauberen“ Sportler in den Schatten stelle, die olympischen Prinzipien untergrabe“, so Lawrow.

„Diese Menschen können nicht einmal ihre negativen Emotionen zurückhalten und verraten sich damit selbst. Wenn der Leiter einer Anti-Doping-Struktur plötzlich einen solchen Nervenzusammenbruch in Bezug auf eine Gerichtsentscheidung hat, die in den USA als heilig gilt, zeigt dies, dass die ganze Idee vollkommen politische Grundlagen hat und auf Verleumdung Russlands durch die olympische Bewegung abzielt“, so Lawrow.

Der Internationale Sportgerichtshof (CAS) hat am 1. Februar der Berufung von 28 russischen Athleten gegen die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) über ihren lebenslangen Ausschluss von den Olympischen Spielen stattgegeben und ihre Ergebnisse bei den Winterspielen in Sotschi bestätigt.

Danach erklärte der IOC-Präsident Thomas Bach, dass CAS seine Struktur ändern sollte, damit er eine höhere Qualität und Konsistenz bei der Ausübung seiner Zuständigkeit gewährleisten könnte.

Am Freitag wies der Internationale Sportgerichtshof die Klagen von 47 russischen Athleten ab, die trotz ihrer Rehabilitierung keine IOC-Einladung zu den Olympischen Spielen 2018 erhalten hatten.

Dnr-news.com: In der Regierung der Ukraine ist man der Meinung, dass nur eine Diktatur das Land retten kann

Die Ukraine braucht für ihre weitere Entwicklung eine Diktatur. Dies erklärte der stellvertretende Minister „zu Fragen des zeitweise okkupierten Territoriums und Binnenvertriebene“ der Ukraine Georgij Tuka.

„Das, was wir im Moment im Staat haben, ich kann es nicht als Demokratie bezeichnen, nicht einmal als schwache“, sagte er während eines Runden Tisches.

„Und den einzigen Weg, den ich als einen möglichen sehe – das ist im Gegenteil eine Diktatur, eine Diktatur im Interesse einer zukünftigen Demokratie“ ergänzte er und bezeichnete die heutige Ukraine als „Sumpf“

de.sputniknews.com: Lawrow bestreitet US-Top-Diplomatin Nuland zum Weinen gebracht zu haben

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat Gerüchte zurückgewiesen, dass er die hochrangige US-Diplomatin Victoria Nuland einmal zum Weinen gebracht habe.

„Nein. So etwas hat es nicht gegeben. Das sind alles Lügengeschichten“, sagte Lawrow in einem Gespräch mit dem Fernsehsender Rossija 1.

Auf die Frage, wodurch sich die Verhandlungen mit einem Diplomaten und einer Diplomatin unterscheiden, erklärte der Minister, dass er „Frauen nichts durchgehen“ lasse, weil „es sonst politisch nicht korrekt“ wäre.

„Wir achten Frauen genauso, wie Männer. Das ist der beste Teil der Menschheit“, so Lawrow. Victoria Nuland war von September 2013 bis Januar 2017 als Ministerialdirektorin des US-Außenamtes tätig und für Europa- und Eurasienfragen zuständig. Sie hatte während der Ukraine-Krise 2014 mit ihren beleidigenden Äußerungen gegenüber der Europäischen Union für Schlagzeilen gesorgt. „F*ck the EU“, hatte die damalige US-Top-Diplomatin in einem mitgeschnittenen und auf YouTube dokumentierten Gespräch mit dem US-Botschafter in

Kiew in Bezug auf die Einstellung der Europäer zum Konflikt in der Ukraine gesagt. Nuland musste sich damals entschuldigen.

Vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

armiyadnr.su In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **neunmal** das Regime der Feueinstellung verletzt. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften der Republik** mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, Schützenpanzerwaffen, verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: Angeblicher Sarin-Einsatz in Syrien: Russischer Politiker verspottet Pentagon-Quellen

Der Chef des informationspolitischen Ausschusses des russischen Oberhauses, Alexej Puschkow, hat sich über die Informationsquellen des US-Verteidigungsministeriums zu chemischen Angriffen in Syrien lustig gemacht.

Zuvor hatte der US-Verteidigungsminister, James Mattis, geäußert, die US-Behörden seien über den Einsatz des Giftgases Sarin in Syrien besorgt. Dabei hätten die USA zwar keine Beweise für diesen Einsatz, würden jedoch weiterhin nach solchen Beweisen suchen.

„Mattis gab zu: Die USA haben keine Beweise dafür, dass Damaskus Sarin eingesetzt hat. Er beruft sich auf gemeinnützige Organisationen, die für Kämpfer arbeiten. Lächerliche Berufungen“, schrieb Puschkow in diesem Zusammenhang in seinem Twitter-Account.

Ende Januar 2018 hatte der US-Außenminister, Rex Tillerson, den syrischen Behörden den Einsatz von chemischen Waffen gegen Zivilisten in Ost-Ghuta vorgeworfen. Zudem betonte das US-Außenministerium, Moskau tue sein Bestes, um das Regime von Bashar Assad zu schützen, das angeblich weiter Chemiewaffen einsetze.

Das russische Verteidigungsministerium verurteilte derartige Äußerungen und bezeichnete sie als haltlos. Die US-Vorwürfe wegen des Einsatzes von chemischen Waffen durch syrische Regierungskräfte würden lediglich auf Gerüchten, Mitteilungen in den sozialen Netzwerken und den Aussagen der Kämpfer beruhen, hieß es.

dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; -Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Donezker Flughafen (Spartak), Donezk (Trudowskije), Alexandrowka, Dokutschajewsk, Dsershinskoje, Kominternowo.**

Gestern Nacht wurde die **Donezker Filterstation** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beschossen, in der Folge wurden beschädigt:

- das Filtergebäude

- Fenster eines Wirtschaftsgebäudes.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 170 In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 324.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Absturz von An-148: Tod zweier Ausländer bestätigt

Russlands Zivilschutzministerium hat auf seiner Internetseite den Tod zweier Ausländer bestätigt, die sich an Bord des abgestürzten russischen Flugzeugs der Gesellschaft Saratov Airlines befunden hatten.

Auf der vom Ministerium veröffentlichten Liste der Flugzeuggäste und Crewmitglieder des Flugzeuges des Typs An-148, das von Moskau nach Orsk im Südrural fliegen sollte, stehen der Schweizer Bürger Ulrich Kläui und der aserbaidjanische Bürger Namig Gachramanow. Nach jüngsten Medienberichten wurde vor Ort die zweite Black Box gefunden. „Der Zustand des Flugschreibers ist befriedigend“, teilten Rettungsdienste mit. Noch am Tag des Absturzes war die erste Black Box entdeckt worden, die die Flugparameter der An-148 aufgenommen haben soll.

Am Sonntag war ein russisches Passagierflugzeug vom Typ An-148 der Gesellschaft Saratov Airlines in der Umgebung von Moskau abgestürzt. Alle 71 Insassen starben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31950/25/319502507.jpg>

de.sputniknews.com: Anfrage der Linken zu Hilfslieferungen in den Donbass

Die Partei Die Linke hat eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, die Hilfslieferungen an Menschen in den selbsternannten Volksrepubliken in der Ostukraine betrifft. Die Antwort der Regierung bestätigt nun, dass humanitäre Lieferungen erlaubt sind und nicht behindert werden sollen – allerdings nur, wenn sie über die Ukraine erfolgen. Auslöser für die Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke an die Bundesregierung waren Behinderungen bei der Zollabfuhr und beim Zahlungsverkehr von Vereinen in Deutschland,

die Hilfslieferungen in die nicht anerkannten Volksrepubliken in der Ostukraine organisieren. Die Bundesregierung billigt und unterstützt in ihrer Antwort solche humanitären Aktionen. Sie betont jedoch, dass Hilfslieferungen nur über das Territorium der Ukraine und die dortigen Kontrolllinien zu den abtrünnigen Gebieten erfolgen dürfen.

Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei und Mitverfasser der Kleinen Anfrage an die Bundesregierung, hatte vor drei Jahren selbst den russischen Weg für einen von ihm organisierten Hilfstransport in den Donbass gewählt, da sich die ukrainische Variante als zu problematisch herausstellte:

„Die Humanität sollte hier im Vordergrund stehen, und das ist de facto über Russland einfacher abzuwickeln. Man muss nicht über die Kontaktlinie und hat nicht, wie zum Beispiel bei Medikamenten, die ganzen bürokratischen Probleme. Ich selbst stehe wegen humanitärer Hilfslieferungen in den Donbass, die ich vor ein paar Jahren mitorganisiert hatte und die wir über Russland dorthin gebracht hatten, nach wie vor auf der Schwarzen Liste in der Ukraine. Mir drohen fünf Jahre Gefängnis dort.“

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess berichtet über die Lage an der Kontaktlinie vom 5. bis 12. Februar.

„Die ukrainischen Streitkräfte haben das Regime der Feueinstellung 70 Mal verletzt. Die Zahl der Geschosse betrug 1362, davon 135 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm und 49 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm.

In Folge von Beschuss seitens der ukrainischen Streitkräfte wurden 3 Wohnhäuser, ein Auto und die erdölverarbeitende Fabrik in Dokutschajewsk beschädigt. Auch die Donezker Filterstation wurde beschossen: es wurden das Filtergebäude und ein Wirtschaftsgebäude beschädigt“, teilte die Vertretung mit.

Seit dem 23. Dezember (seit Beginn des Waffenstillstands) haben die ukrainischen Streitkräfte 384 Mal das Regime der Feueinstellung verletzt, es starb ein friedlicher Einwohner, zehn wurden verletzt.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Spion auf Krim festgenommen

Russlands Inlandsgeheimdienst FSB hat in Simferopol einen Ukrainer wegen Spionage festgenommen. Dies geht aus einer Pressemitteilung der Behörde hervor.

Der Einsatz wurde demnach am 11. Februar durchgeführt. Konstantin Dawydenko habe „gezielt“ im Auftrag von ukrainischen Geheimdiensten Informationen gesammelt. Die Informationen seien Bestandteil eines Staatsgeheimnisses gewesen.

Der Ukrainer soll Kiew Informationen über Einheiten der Russischen Nationalgarde sowie über Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB übergeben haben. Das Datenleck hätte die Sicherheit des Staates gefährden können. Nun sei ein Verfahren wegen Spionage eingeleitet worden.

Russische Geheimdienste fangen regelmäßig Spione, die zugunsten der Ukraine tätig sind.

Russlands Inlandsgeheimdienst FSB hatte im September auf der russischen

Schwarzmeerhalbinsel Krim zwei Russen festgenommen, die Informationen über die

Tätigkeit der Schwarzmeerflotte an die ukrainischen Sicherheitsdienste weitergeben hatten.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/S9x8Bt1ovSY" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/S9x8Bt1ovSY>

Av-zakkarchenko.su: Am Montag, dem 12. Februar, nahm das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko an einer feierlichen Kundgebung zu Ehren des hundertsten Jahrestages der Gründung der Donezko-Kriworoschkaja-Republik teil.

Die Veranstaltung fand im Zentrum von Donezk am Denkmal für Artjom (Fjodor Sergejew) – dem Revolutionär, sowjetischen Staatsmann und Gründer der DKR – statt. Außer dem Staatsoberhaupt nahmen der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin, die Leiterin des Exekutivkomitees der gesellschaftlichen Bewegung Donezkaja Respublika Natalja Wolkowa, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Alexandr Timofejew, der Politologe und Historiker Wladimir Kornilow, Aktivisten der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“, Soldaten und Offizierschüler teil.

„Ich bin froh, Ihnen heute zum 100. Jahrestag der Gründung der Doneko-Kriworoschkaja-Republik zu gratulieren. Vor genau 100 Jahren haben unsere Vorfahren „Ja“ zu Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit gesagt. Sie haben „Nein“ zum Westen gesagt. Die Doneko-Kriworoschkaja-Republik wurde in einer sehr schweren Zeit gegründet – Krieg, Revolution, Zerstörung. Die DKR wurde von den übermächtigen Kräften des Gegners unterdrückt. Fast hundert Jahre später haben wir – die Nachfahren jener Menschen – wieder „Ja“ zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit und „Nein“ zum Westen gesagt. Wir bauen heute die Donezker Volksrepublik auch unter schweren Bedingungen auf. Wir bauen die Wirtschaft wieder auf, bringen die Industrie voran. Wir tun dies für unsere Kinder, für unsere Zukunft. Vor hundert Jahren haben unsere Vorfahren verloren, aber wir verlieren nicht! Wir sind für Freiheit, für Gleichheit und für Brüderlichkeit. Für die Donezker Volksrepublik!“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Nach der feierlichen Niederlegung von Blumen am Denkmal für Artjom wandte sich Alexandr Sachartschenko noch einmal an die Anwesenden.

„Unsere Vorfahren haben uns eine Karte hinterlassen. Es wurden Charkow, Tawrida aufgezählt ... Aber wir werden diese Karte ausweiten, wir brauchen auch Bessarabien. Gemäß dieser Karte werden wir voranschreiten, und unsere Karte wird größer sein als die Karte der DKR“, sagte Alexandr Sachartschenko.



http://av-zakharchenko.su/images/2017/MITING_13_.JPG

nachmittags:

de.sputniknews.com: Absturz von An-148: Politiker der Welt kondolieren Russland
Die Politiker der Welt haben den Angehörigen der Opfer des Absturzes des russischen Passagierflugzeugs An-148 ihr Beileid ausgedrückt. Sputnik bietet hier eine Übersicht über ihre Beileidsworte.

Die deutsche Bundesregierung drückte den Angehörigen der Opfer ihre Kondolenz aus. „Erschüttert über die schrecklichen Nachrichten vom Flugzeugabsturz in der Nähe von Moskau. Wir trauern mit den Menschen in Russland um die Opfer der Katastrophe; unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen“, schrieb Regierungssprecher Steffen Seibert auf seinem Twitter-Account.

Bundeskanzlerin Angela Merkel schickte ein Kondolenztelegramm an den russischen Präsidenten Wladimir Putin, das das Presseamt der Bundesregierung auf seiner offiziellen Webseite veröffentlichte.

„Mit großer Bestürzung habe ich von dem schweren Flugzeugunglück bei Moskau am gestrigen Sonntag erfahren. Diese Nachricht hat viele Menschen in Deutschland und auch mich persönlich sehr berührt. Meine Gedanken sind bei den Opfern und allen ihren Angehörigen, denen ich Trost und Zuversicht wünsche. Deutschland trauert mit ihnen“, so die Kanzlerin.

Die USA sprachen Russland ihre Anteilnahme aus.

„Die Vereinigten Staaten sind zutiefst traurig über den tragischen Tod jener, die mit dem Flug 703 von Saratow Airlines unterwegs waren. Wir sprechen den Familien der Opfer und dem russischen Volk unser Beileid aus“, teilte der Pressedienst des Weißen Hauses mit.

Der Generalsekretär der Uno, António Guterres, sprach den Hinterbliebenen und dem russischen Volk sein Beileid aus.

„Der Generalsekretär hat in tiefer Trauer von dem Flugzeugunglück im Gebiet Moskau erfahren, bei dem alle Fluggäste und Besatzungsmitglieder starben. Der Generalsekretär bringt gegenüber den Familien der Opfer, dem Volk und der Regierung der Russischen Föderation sein herzliches Beileid zum Ausdruck“, teilte Stéphane Dujarric, der Sprecher des UN-Generalsekretärs, mit.

Das französische Außenamt drückte den Angehörigen der Opfer sein Mitgefühl aus.

„Das französische Außenministerium spricht allen Angehörigen der Opfer des Absturzes des russischen Passagierflugzeugs An-148 sein Beileid aus und wendet sich in diesen schwierigen Stunden mit Worten der Unterstützung an sie“, heißt es auf dem Twitter-Account des französischen Außenamtes.

China übermittelte Russland seine Anteilnahme.

„Als ein guter Freund Russlands ist China in Trauer. Wir trauern um die Opfer und sprechen deren Angehörigen unser herzliches Beileid aus“, so Geng Shuang, der Sprecher des chinesischen Außenministeriums.

Ihr Mitgefühl haben auch die Spitzenpolitiker aus Bulgarien, Finnland, Georgien, Israel, der Slowakei, Tschechien sowie aus den GUS-Staaten bekundet.

Am Sonntag war ein russisches Flugzeug mit 71 Menschen an Bord kurz nach dem Start von Moskau aus vorerst ungeklärter Ursache abgestürzt. Nach Angaben des Katastrophenschutzministeriums hat niemand überlebt. Die Maschine Antonow An-148 der Fluggesellschaft Saratov Airlines sollte von Moskau nach Orsk (Südrural) fliegen.

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin:

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner die Zahl der Beschießungen des Territoriums der

Donezker Volksrepublik **vergrößert** und dabei aktiver Schützenpanzer verwendet. **In Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Spartak, Alexandrowka, Dokutschajewsk sowie den Petrowskij-Bezirk von Donezk** drei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert. Außerdem wurde mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner auf **Sajzewo** neun Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 13 des Kalibers 82mm abgefeuert.

In Richtung Mariupol wurden die Gebiete von **Kominternowo und Dsershinskoje** beschossen. Der Gegner hat mit Mörsern des Kalibers 120 und 82mm 15 Geschosse abgefeuert sowie verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden neun Verletzungen der Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Heute um 8:25 Uhr hat der Gegner mit aller ihm eigenen Brutalität von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von **Nowoluganskoje** aus Dolomitnoje beschossen.

In den Einheiten der 54. mechanisierten Brigade wurde die Arbeit einer Inspektionskommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte registriert. Im Rahmen dieser Kontrolle sind für heute Übungen mit dem Kommando der 54. Brigade geplant. Der Kommandeur dieser Brigade, der Kriegsverbrecher Majstrenko, hat entschieden, die Übungen unter möglichst kampfnahen Bedingungen durchzuführen. Im Zusammenhang damit wird in Verletzung der Minsker Vereinbarungen ein intensiver Beschuss der Ortschaft durchgeführt. Bisher wurden 15 120mm- und 45 82mm-Mörsergeschosse abgefeuert. Zerstörungen von ziviler Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

In der Nacht vom 10. auf den 11. Februar wurde von den Positionen der Besatzer aus der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte ein Mörserbeschuss auf das Territorium der Donezker Filterstation durchgeführt. Ein Mörsergeschoss durchschlug das Dach des Gebäudes der Reinigungsanlage und detonierte im Inneren des Gebäudes. Ein zweites Mörsergeschoss detonierte in der Nähe eines Wirtschaftsgebäudes, es wurden Fenster beschädigt. Nur durch glücklichen Zufall gab es keine Opfer unter den Mitarbeitern der Station. Die Wasserlieferung auf das Territorium der Republik und die von Kiew besetzten Ortschaften funktioniert normal.

Dies ist bei weitem nicht der erste Versuch von Seiten der ukrainischen Streitkräfte, die Funktion von Objekten der zivilen Infrastruktur, darunter der DFS, zu unterbrechen und eine humanitäre Katastrophe zu schaffen, indem sie Hunderttausenden von Menschen die Wasserversorgung entziehen. Es ist bedauerlich, dass die Führung der Ukraine in jeglicher Weise die Aufrufe der OSZE, die Einheiten von den Lebenserhaltungsobjekten der Ortschaften und der friedlichen Bevölkerung abzuziehen, ignoriert.

Im Gebiet von Krasnogorowka ist die Ankunft von zehn Scharfschützen registriert worden. Die Aktivitäten der fünf Scharfschützenpaare sind im Verantwortungsbereich der 30. mechanisierten Brigade am Abschnitt von Krasnogorowka bis Marjinka, in unmittelbarer Nähe des Stadtrands von Donezk, festzustellen. So gefährdet das ukrainische Militärkommando wieder das Leben friedlicher Bürger. Die traurige Erfahrung zeigt, dass ukrainische Scharfschützen bei der Wahl ihrer Ziele nicht besonders nachdenken und den Abzugshebel betätigen, unabhängig davon, ob sich vor ihnen ein Soldat oder ein völlig unschuldiger friedlicher Einwohner befindet.

de.sputniknews.com: „Unsere Sünden“: Wada-Informant Rodtschenkow über Dopingmissbräuche in 20 Ländern

Der Ex-Leiter des Moskauer Anti-Doping-Labors, Grigori Rodtschenkow, der als Wada-Informant bekannt ist, hat in einem Interview für den US-Fernsehsender CBS über die Geographie der Dopingmissbräuche gesprochen. Seinen Einschätzungen werden in mehr als

20 Ländern verbotene Substanzen für die Vorbereitung der Sportler genutzt.

„Man kann weiter daran glauben, dass der Sport einmal sauber wird. Es liegt in der menschlichen Natur. Das sind unsere Sünden. Das hat nichts mit Sport zu tun. Es gibt immer zehn, 15 Prozent Unverbesserliche. Man kann nichts tun, sie sind von Natur aus Betrüger. Wie viele Doping-Länder gibt es in der Welt? Mehr als 20, ganz bestimmt“, sagte Rodtschenkow gegenüber CBS.

2016 hatte die US-Zeitung „The New York Times“ Aussagen von Rodtschenkow über ein angebliches „Doping-System“ in Russland veröffentlicht. Das russische Ermittlungskomitee leitete ein Strafverfahren gegen Rodtschenkow ein, der sich in die USA abgesetzt hatte. Nach Angaben des Komitees hatte Rodtschenkow in seiner Zeit als Sportfunktionär selbst verbotene Substanzen unter Sportlern verbreitet.

Später wurde ein Bericht von Wada-Sonderermittler Richard McLaren veröffentlicht, dem zufolge es in Russland ein umfassendes Doping-System gegeben hätte, von dem auch höchste Staatsbeamte gewusst hätten. McLaren berief sich dabei zum Teil auf Rodtschenkows Aussagen.

Die Wada-Ermittlung hatte dazu geführt, dass das IOC Dopingmissbrauch in Russland im Dezember 2017 als erwiesen eingestuft und die russische Nationalmannschaft von den Winterspielen 2018 in Südkorea ausgeschlossen hatte. Saubere russische Sportler dürfen zwar in Pyeongchang starten, doch nur unter neutraler Flagge und mit dem Sonderstatus „Olympische Athleten aus Russland“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31909/86/319098632.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen):

Die Volksmiliz der LVR verfolgt das Ziel, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen, und hält die Minsker Vereinbarungen genau ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist sie bereit, operativ mit adäquaten Gegenmaßnahmen zu reagieren. Mit diesem Ziel setzen wir die planmäßige Vervollkommnung unserer militärischen Kenntnisse fort.

Auf der Basis eines der Verbände der Volksmiliz der LVR wurden Kurse zur Ausbildung von Scharfschützen begonnen. Der Unterricht wird nach einem neuen Programm unter Nutzung technischer Lehrmittel, die von unseren Spezialisten an militärischen Lehrstühlen der Republik erarbeitet wurden, erfolgen.

Außerdem werden in den Einheiten der Volksmiliz methodische Übungen zur Zusammenarbeit mit Vertretern der OSZE durchgeführt. Ziel dieser Übungen ist ein höflicher und taktvoller Umgang der Soldaten mit den Beobachtern der Mission und deren größtmögliche Unterstützung bei ihrer schweren und notwendigen Arbeit zum Wohl der Einwohner des Donbass.

Trotz der relativen Ruhe verletzt das ukrainische Kommando weiterhin die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik entlang der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind, und nutzt das Regime der Feueinstellung zur Konzentration des militärischen Potentials ihrer Einheiten in der „ATO“-Zone.

Im Gebiet von Luganskoje, im Verantwortungsbereich der 54. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, wurde die Stationierung einer Mörsermannschaft und zu deren Deckung eines Schützenpanzers in einem Unterstand bemerkt. Im Gebiet von Krymskoje, drei km von der Kontaktlinie, haben wir die Stationierung von zwei Artilleriegeschützen aus dem Bestand der 58. Brigade der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Außerdem wurde durch Informationen von örtlichen Einwohnern bekannt, dass sich am südlichen Rand von Nishneje eine Konzentration von Technik des Gegners befindet – etwa 13 Stück. Das Gebiet wird von Patrouillen bewacht.

Wir schließen nicht aus, dass der Gegner sich auf geplante Angriffsaktivitäten vorbereitet. Vom 7. bis 8. Februar hat eine Kommission des rückwärtigen Stabes der operativ-taktischen Gruppe „Lugansk“ eine Kontrolle der Einheiten der 10. Gebirgssturmbataillon der ukrainischen Streitkräfte in Bezug auf Buchhaltung und Lagerung von Treibstoffen durchgeführt. Während der Kontrolle wurden einige Fälle von Diebstahl und Verkauf von Treibstoff des Truppenteils durch Funktionsträger der Brigade zwecks persönlicher Bereicherung aufgedeckt.

So hat der stellvertretende Kommandeur des 108. Gebirgssturmbataillons gemeinsam mit seinen Untergebenen den Verbrauch an Treibstoff künstlich zu hoch angegeben, um ihn danach an Zivilisten zu verkaufen und einen Gewinn zu erzielen. Die Übeltäter gaben fiktive Dienstreisen an, erhöhten die Kennziffern für den Verbrauch von Treibstoff und manipulierten die Daten von Messeinrichtungen in militärischen Fahrzeugen.

Der Militärstaatsanwalt hat zu diesem Fall eine Strafverfahren eröffnet. Einer der Hauptzeugen ist ein Soldat der Brigade, der aus irgendeinem Grund plötzlich schwer verletzt wurde.

de.sputniknews.com: Georgiens Ex-Präsident Saakaschwili angeblich in Kiew gekidnappt

Der georgische Ex-Präsident Michail Saakaschwili ist nach Angaben seiner näheren Umgebung aus einem Restaurant in Kiew entführt worden.

„Er wurde gerade eben von Unbekannten gekidnappt“, teilte Saakaschwilis Vertrauter und Rada-Abgeordneter Juri Derewjanko am Montag gegenüber Sputnik mit. Laut dem Politiker wurde der georgische Ex-Staatschef und der frühere Gouverneur von Odessa im georgischen Restaurant „Sulguni“ in Kiew gefasst und „in unbekannte Richtung“ verschleppt.

Derewjanko vermutet hinter der Aktion eine Spezialeinheit der Polizei. Eine Stellungnahme der Polizei liegt noch nicht vor.

Saakaschwili war von 2004 bis 2013 Staatspräsident Georgiens. Nach Ende seiner Amtszeit floh er wegen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs und der Unterschlagung zuerst in die USA und dann in die Ukraine. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gewährte Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft und ernannte ihn 2015 zum Gouverneur der Schwarzmeerregion Odessa.

Doch schon ein Jahr später trat Saakaschwili zurück und ging auf Konfrontationskurs zu Poroschenko, dem er Korruption vorwarf. Daraufhin wurde dem Politiker auch die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen. Sein Heimatland Georgien hatte Saakaschwili bereits

2015 ausgebürgert und ihn zur Fahndung ausgeschrieben.

Im Januar verurteilte ein Gericht in Tiflis den Ex-Präsidenten in Abwesenheit zu drei Jahren Haft. Es befand den Politiker des Amtsmissbrauchs im Falle der Ermordung des Bankbeamten Sandro Girgwliani im Januar 2006 schuldig.

<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/E2B6FgRkIyc" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/E2B6FgRkIyc>

Dnr-online.ru: Das staatliche Unternehmen „Post des Donbass“ hat am 12. Februar den Briefmarkenblock Nr. 11 in Umlauf gebracht, der dem 100. Jahrestag der Ausrufung der Donezko-Kriworoschkaja-Republik gewidmet ist. Die feierliche Vorstellung der neun Ersttagsmarken und -umschläge fand im Ausstellungssaal des Donezker republikanischen heimatkundliche Museums ‚Die Republik, die durch die Revolution geboren wurde‘ statt, der heute eröffnet wurde.

„Dies ist ein historischer Moment! Ich bin froh und stolz, dass wir uns an unsere Geschichte erinnern, das Andenken unserer Vorfahren, die heldenhafte Vergangenheit unseres Landes ehren. Die heutige Veranstaltung ist eine Bestätigung dafür, dass wir unsere Geschichte nicht vergessen haben“, erklärte der Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko.

Auf dem Briefmarkenblock Nr. 11 sind zwei künstlerische Briefmarken, Nr. 99 „Fjodor Andrejewitsch Sergejew (Genosse Artjom) 1883-1921“ und Nr. 100 „Donezko-Kriworoschkaja Republik“. Auf der Marke Nr. 99 ist das Portrait von Fjodor Sergejew, das Wappen der DVR und der Markenwert zu sehen. Auf der Marke Nr. 100 ist eine Karte der Donezko-Kriworoschkaja Republik, das Wappen der DVR und der Markenwert. ...

Der Kommunikationsminister der DVR Wiktor Jazenko sagte, dass er stolz ist, an der Veranstaltung teilzunehmen, die unsere würdige Vergangenheit mit unserer heldenhaften Gegenwart verbindet....

Auf dem Ersttagsumschlag „100 Jahre Ausrufung der Donezko-Kriworoschkaja Republik“ ist das Denkmal Fjodor Sergejews (Artjoms) in Swjatogorsk im Donezker Oblast abgebildet.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2018/02/dan-news.info-2018-02-12_10-17-

de.sputniknews.com: Kiewer Minister plädiert für Diktatur in Ukraine

Die Verhängung einer Diktatur in der Ukraine ist notwendig, um die Demokratie im Lande in Zukunft aufrechtzuerhalten. Diese Auffassung hat der ukrainische Vizeminister für Angelegenheiten der Inlandsflüchtlinge und der zeitweise okkupierten Territorien, Georgi Tuka, am Montag zum Ausdruck gebracht.

„Ich bin mir darüber im Klaren, dass meine provokative These nicht von allen vollständig begriffen wird, allerdings, was die Demokratie betrifft: Das, was wir zurzeit im Staat haben, kann ich nicht als Demokratie bezeichnen, nicht einmal als schwache Demokratie“, argumentierte der Minister.

„Der einzige Weg, den ich für möglich halte, ist im Gegenteil eine Diktatur um der zukünftigen Demokratie willen“, schlug Tuka vor.

Den schwachen ukrainischen Staat bezeichnete er als „Sumpf“.

Zuvor hatte der georgische Expräsident und Ex-Gouverneur von Odessa, Michail Saakaschwili, gesagt, er sei bereit, sein Leben zu opfern und die Ukraine vor einer „Diktatur“ zu retten.

Dnr-online.ru: Heute, am 12. Februar, sind es drei Jahre seit der Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen. Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko berichtete während eines Gesprächs mit Journalisten über sein Verhältnis zum Minsker Prozess.

„Mein Verhältnis zu Minsk-2 ist wie zuvor. Die Erwartungen und Hoffnungen, die wir auf Minsk gesetzt haben, haben sich nicht erfüllt. Aber ich wiederhole ein weiteres Mal: Minsk ist der einzige Ort, an dem wir mit der Ukraine verhandeln und die Fragen auf friedlichem Weg lösen können, aber derzeit rechtfertigt er sich nicht.

Leider gibt es bisher keine Alternativen zu den Minsker Vereinbarungen. Die Verhandlungen werden weitergehen, wir werden auch weiter verhandeln. Bestimmte Fragen wird es gelingen zu lösen, aber nicht die Aufgaben, die wir uns stellen“, sagte Alexandr Sachartschenko.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-02/thumbs/1518439483_screenshot_6.png

de.sputniknews.com: Ukrainische Geheimdienste arbeiten im Interesse Washingtons – Sicherheitsexperte

Regelmäßig kommt es auf der Halbinsel Krim zu Festnahmen ukrainischer Sabotagetrupps und Spione – so auch wieder in der Nacht zum Montag. Laut dem Präsidenten der Veteranenvereinigung der Spezialeinheit „Alpha“, Sergej Gontscharow, arbeiten dabei die ukrainischen Geheimdienste längst im Interesse der USA, wie auch vermutlich in dem aktuellen Fall.

Gontscharow, Präsident der internationalen Veteranenvereinigung der sowjetisch-russischen Antiterror-Spezialeinheit „Alpha“, sieht hinter der regen Aktivität ukrainischer Geheimdienste beim Einschleusen von Spionen auf die Krim US-amerikanische Interessen stehen.

Dies sei nicht immer so gewesen. Die Geheimdienste Russlands und der Ukraine würden einst der sowjetischen Schule entstammen und hätten daher lange Zeit gute Beziehungen zueinander gehabt.

„Jetzt ist aber eine neue Generation gekommen, die extrem gegen Russland eingestellt ist. Und die Spionage zugunsten der Ukraine, ist auch zugunsten des ersten Verbündeten der Ukraine – der Vereinigten Staaten von Amerika“, betont Gontscharow.

Der aktuelle Fall des gefangenen ukrainischen Spions, der Informationen über die russische Nationalgarde gesammelt habe, sei vermutlich in diese Reihe einzuordnen.

Die erst vor nicht allzu langer Zeit geschaffene Nationalgarde sei sicherlich von höchstem Interesse für die politischen Gegenspieler Russlands.

Die Garde habe schließlich mittlerweile nahezu alle Sicherheitskompetenzen des Innenministeriums übernommen und stelle daher eine „ernste Sicherheitsstruktur unseres Landes“ dar.

Daher seien heute die Bereiche, die die russische Nationalgarde in Russland schütze, „sicherlich von Interesse für unsere Rivalen“, so der Präsident der Veteranenvereinigung.

Zuvor war bekannt geworden, dass Russlands Inlandsgeheimdienst FSB in der Krim-Hauptstadt Simferopol einen Ukrainer wegen Spionage festgenommen hatte. Laut dem Pressedienst der Sicherheitsbehörde hat der Festgenommene Informationen gesammelt, die die russische Nationalgarde sowie FSB-Mitarbeiter betreffen und unter Staatsgeheimnis fallen würden.

Das Weitergeben dieser Informationen hätte „die Sicherheit des Staates gefährden“ können, so die Bewertung der russischen Sicherheitskräfte.

Russische Sicherheitsbehörden nehmen regelmäßig Spione fest, die für die Ukraine tätig sind. Erst im September hatte Russlands Inlandsgeheimdienst auf der Krim zwei Verdächtige festgenommen, die Informationen über die Tätigkeit der Schwarzmeerflotte an die ukrainischen Sicherheitsdienste weitergegeben hatten.

Lug-info.com: In der Schule Nr. 20 in Jushnaja Lomowatka wurde heute feierlich eine Tafel in Erinnerung daran eingeweiht, dass sich während der Debalzewo-Tschernuchino-Operation dort der Stab der legendären Brigade „Prisrak“ befand.

Die Veranstaltung fand im Rahmen des zweiten antifaschistischen Forums „Wir glauben an den Donbass“ statt.

An der Zeremonie nahmen der Bürgermeister von Brjanka Nikolaj Morgunow, die Abgeordnete des Volkssowjets der LVR, die Leiterin der Bildungsabteilung der Stadtverwaltung Swetlana Strishatschenko, der damalige stellvertretende Kommandeur des 4. Bataillons der Territorialverteidigung der Volksmiliz der LVR Jurij Schewtschenko, Vertreter der Brigade, Schüler der Schule und Einwohner des Ortes teil.

„Liebe Schüler, geehrte Lehrer und Gäste! Heute nehmen wir an der abschließenden Veranstaltung des zweiten antifaschistischen Forums „Wir glauben an den Donbass“ teil. Die Aufgaben dieses Forums sind einfach: nicht zuzulassen, dass die Namen der Helden, die im Kampf um den Frieden 1941-1945 und 2014-2017 fielen, vergessen werden“, sagte Morgunow.

„Wir haben nicht das Recht zu vergessen, weil sie in unseren Herzen zu tiefe Narben hinterlassen haben, das Rad des Krieges zu stark über Jushnaja Lomowatka ging, in dem ihr lebt. Heute weihen wir eine Tafel in der Schule Nr. 20 ein, die den Ereignissen des Jahres 2015 gewidmet ist. Ich denke, sie wird ein erster Schritt zur Eröffnung eines wirklichen Museums in der Schule“, fuhr der Bürgermeister von Brjanka fort.

„Wir haben ein Museum in der Schule Nr. 4, das dem Lewterowskij-Untergrund gewidmet ist. Warum soll es in eurer Schule nicht ein Museum der Brigade „Prisrak“ geben? Und wir werden alles für seine Eröffnung tun, denn es gibt lebende Helden, die an den schrecklichen Ereignissen beteiligt waren, und wir haben Erinnerungen, die wir unter keinen Umständen verraten dürfen“, fügte er hinzu.

Strishatschenko merkte an, dass gerade auf der Grundlage einer moralischen Erziehung echte Helden entstehen.

„Wir müssen unsere Zukunft auf einem festen Fundament aufbauen, das ist der Patriotismus. Unsere Helden sind immer mit uns, in unserer Erinnerung, und sie werden immer ein lebendiges Vorbild, ein Aufruf zum Handeln und zu einem guten Kampf um das Leben eines Menschen sein“, sagte sie.

Die Ehre zur Einweihung der Tafel hatten Morgunow, der Leiter des Stabs der Brigade „Prisrak“ während der Debalzewo-Tschernuchino Operation Jurij Schewtschenko, der Leiter der Schule und der Vertreter des Brjansker Jugendrats bei der Verwaltung.

„Noch lange nach Beendigung der Veranstaltung gingen ehemalige und jetzige Soldaten der Brigade Prisrak durch die Schule, sahen in bekannte Klassenräume, tauschten mit den Schülern Erinnerungen aus und versprachen wieder in die bekannten Räume zurückzukommen, um sich wieder und wieder mit den Jugendlichen zu treffen und nicht

zuzulassen, dass die junge Generation die Ereignisse jener Tage vergisst“, wurde in der Stadtverwaltung von Brjanka erzählt.



[http://img.lug-info.com/cache/f/5/\(15\)_1000wm.jpg/w620h420.jpg](http://img.lug-info.com/cache/f/5/(15)_1000wm.jpg/w620h420.jpg)

de.sputniknews.com: Russland ein Hindernis in Syrien? Duma-Politikerin reagiert auf US-Vorwurf:

Das US-Militär täuscht laut der Vizechefin der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus) Irina Jarowaja den Kampf gegen die IS-Terroristen in Syrien nur vor. Damit reagierte die Moskauer Politikerin auf den Vorwurf aus dem Pentagon, Russland sei für die USA in Syrien ein Hindernis.

Zuvor hatte die Generalinspektion des US-Verteidigungsministeriums nach Angaben des Senders RT festgestellt, dass die russische Militärpräsenz in Syrien den Vereinigten Staaten und ihren Koalitionspartnern den Kampf gegen die Terrormiliz Daesh (auch Islamischer Staat, IS) erschwere.

„Russland hindert das Pentagon daran, einen Kampf gegen den IS in Syrien vorzutäuschen“, kommentierte Jarowaja am Montag.

Nach ihrer Einschätzung „hat das Pentagon zugegeben, dass Russland weitere Angriffe auf syrische Zivilisten und Objekte, an deren Zerstörung der IS interessiert ist, erschwert“.

„Wahrscheinlich hat das Pentagon mit dem baldigen Untergang Syriens gerechnet, aber dank Russland wurde dem IS ein vernichtender Schlag versetzt und in Sotschi fand ein Dialog über die friedliche Zukunft Syriens statt“, so Jarowaja.

Russland halte die Völkerrechtsnormen ein, bekämpfe Terroristen in Syrien und schütze die ganze Welt vor ihnen, betonte sie.

Laut Jarowaja stoßen die US-Pläne „zu Kriegsführung und Aneignung von Ressourcen“ in den letzten Jahren „auf den gesunden Menschenverstand“.

„Zugleich hat das US-Verteidigungsministerium gelernt, sich die Siege von anderen Menschen anzueignen, und seine verbrecherischen Bombenanschläge ‚zufällige Fehler‘ zu nennen.“

Die Duma-Politikerin fügte hinzu, im Vorfeld der Münchner Konferenz hoffe sie darauf, dass europäische Analytiker, die „bereits zu viele Beweise für die destruktive US-Politik im System der europäischen und globalen Sicherheit vorgelegt haben“, offensichtliche überfällige Schlussfolgerungen ziehen würden.

Der bewaffnete Konflikt in Syrien dauert seit dem März 2011 an. Russland hat 2015 auf Bitte

der Regierung in Damaskus eine Operation gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, auch Daesh) begonnen. Der russische Präsident hat am 11. Dezember 2017 den Befehl erteilt, mit dem Abzug der russischen Truppengruppierung aus Syrien zu beginnen. Eine von den USA geführte Militärkoalition bombardiert seit 2014 Syrien. Die Bombenangriffe, die ohne Genehmigung der syrischen Regierung erfolgen, richten sich nach US-Angaben gegen die IS-Terroristen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31396/29/313962959.jpg>

Dan-news.info: Mitteilungen der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa:

Derzeit gibt es nach UN-Berichten auf dem Territorium der Ukraine 900 nicht identifizierte Begräbnisse, und ich bin mehr als überzeugt davon, dass wir einen Teil der Menschen, die vermisst werden, schon lange dort hätten finden können. Aber die ukrainische Seite blockiert diese Frage vollständig und wir können hier nicht weiterkommen.

Derzeit wird auf einen Fortschritt in der Frage des Austauschs von DNA-Basen zwischen der Republik und der Ukraine gehofft. Dies würde die Suche nach den Vermissten erheblich erleichtern.

Die Minsker Vereinbarungen können als einziges politisches Mittel betrachtet werden, die aktive Phase der Kämpfe zu beenden. Aber es ist schwer, sie als ein effektives Mittel zur Beendigung des Blutvergießens für die friedlichen Einwohner des Donbass zu sehen.

Im Ergebnis aller Gefangenenaustausche wurden der ukrainischen Seite 670 Menschen übergeben, der DVR 790 Menschen.

In der DVR gibt man die Hoffnung auf eine Fortsetzung des Prozesses nicht auf. Das wichtigste Ziel bleibt der Austausch von Gefangenen nach der Formel „alle gegen alle“.

de.sputniknews.com: Ukraine schiebt georgischen Ex-Präsidenten Saakaschwili gewaltsam nach Polen ab.

Der ukrainische Grenzschutz hat den früheren georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, der am Montag in Kiew festgenommen wurde, nach eigenen Angaben nach Polen abgeschoben. Saakaschwili hatte in den letzten Monaten den ukrainischen Staatschef Poroschenko wegen Korruption kritisiert und ihm mit Amtsenthebung gedroht.

Der Sprecher des Grenzschutzes, Oleg Slobodjan, teilte mit, dass Saakaschwili am Montag in Kiew „unter Anwendung von Gewalt“ festgenommen worden sei. Die Abschiebung begründete er damit, dass sich Saakaschwili illegal in der Ukraine aufgehalten habe. Dem 50-Jährigen war im Juli die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen worden.

Der polnische Grenzschutz teilte seinerseits mit, Saakaschwili sei auf einen ukrainischen

Rücknahme-Antrag hin in Polen aufgenommen worden. Dem Antrag der ukrainischen Migrationsbehörde sei stattgegeben worden, weil Saakaschwili mit einer EU-Bürgerin verheiratet sei, hieß es.

Der staatenlose Politiker hatte am 10. September widerrechtlich die polnisch-ukrainische Grenze überquert und war auf ukrainisches Territorium gelangt, nachdem seine Anhänger die Grenzsperre durchbrochen hatten.

Der georgische Ex-Staatschef und frühere Gouverneur von Odessa Michail Saakaschwili war am Montagnachmittag aus einem Restaurant in Kiew von Unbekannten verschleppt worden. Der Verbleib des Politikers, der den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko als seinen Feind bezeichnet, war stundenlang nicht öffentlich bekannt. Seine Vertrauten sprachen von einer Entführung.

Saakaschwili war von 2004 bis 2013 Staatspräsident Georgiens. Nach Ende seiner Amtszeit floh er wegen Vorwürfen des Amtsmissbrauchs und der Unterschlagung zuerst in die USA und dann in die Ukraine. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko gewährte Saakaschwili die ukrainische Staatsbürgerschaft und ernannte ihn 2015 zum Gouverneur der Schwarzmeerregion Odessa.

Doch schon ein Jahr später trat Saakaschwili zurück und ging auf Konfrontationskurs zu Poroschenko, den er zu seinem Feind erklärte. Daraufhin wurde dem Politiker auch die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen. Sein Heimatland Georgien hatte Saakaschwili bereits 2015 ausgebürgert und ihn zur Fahndung ausgeschrieben.

Im Januar verurteilte ein Gericht in Tiflis den Ex-Präsidenten in Abwesenheit zu drei Jahren Haft. Es befand den Politiker des Amtsmissbrauchs im Falle der Ermordung des Bankbeamten Sandro Girgwliani im Januar 2006 schuldig.

In der Ukraine ist Saakaschwili indes zum führenden Kopf der Protestbewegung geworden. Der ukrainische Geheimdienst SBU hatte im Dezember vergeblich versucht, Saakaschwili wegen Verdachts auf „Beihilfe für eine kriminelle Vereinigung“ festzunehmen...

Abends:

Lug-info.com: „Heute um 16:20 Uhr hat der Gegner aus Richtung Krymskoje in Richtung Shelobok einen Versuch einer Diversions- und Erkundungsgruppe mit 7 Personen aus der 58. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte unternommen, in Richtung der Positionen der Volksmiliz der LVR vorzudringen, um nach Breschen zu suchen und unsere Positionen einzunehmen“, teilte heute der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mit.

„Aber der Feind hat sich verrechnet. Soldaten der Volksmiliz haben Wachsamkeit und Entschiedenheit gezeigt, haben den Gegner entdeckt und das Kreuzfeuer auf die ukrainischen Kämpfer mit ihren Dienstwaffen – Gewehren und Maschinengewehren – eröffnet“, teilte Marotschko mit.

Er fügte hinzu, dass drei Soldaten der ukrainischen Streitkräfte getötet wurden, die übrigen Mitglieder der Diversions- und Erkundungsgruppe „ließen die Leichen ihrer sinnlos umgekommenen Kameraden zurück und zogen in Richtung Waldstück Kostomarowa ab“.

„Der moralisch-psychische Zustand der Verteidiger Republik, die die Attacke des Gegners abgewehrt haben, befindet sich auf einem hohen Niveau. Verluste unter den Soldaten der Volksmiliz der LVR gibt es nicht“, fügte der Oberstleutnant hinzu.

„Dieser Fall bestätigt ein weiteres Mal die Schlussfolgerung, dass die Kiewer Führung ausschließlich die militärische Variante der Lösung des Konflikts im Donbass in Erwägung zieht und Vorbereitungen zum Angriff trifft, insbesondere die Aufklärung aktiviert hat“, unterstrich Marotschko.

de.sputniknews.com: **„Ostblock in der EU“: Antwort auf deutsche Dominanz.**

Tilo Gräser

Den Staaten Ost- und Mitteleuropas droht, weiter nur Absatzmarkt für deutsche Produkte und Werkbank deutscher Konzerne zu sein. Dagegen regt sich Widerstand durch die national-konservativen Regierungen dieser Länder. Hinter dem angeblichen neuen „Ostblock in der EU“ steckt mehr, wie eine Analyse zeigt. Die Frage bleibt, wer sich am Ende durchsetzt. Die Bundesrepublik Deutschland profitiert am stärksten von der EU. Sie profitiert auch am meisten von der Osterweiterung, besonders in ökonomischer Hinsicht. Das macht ein Beitrag in der Februar-Ausgabe der Monatszeitschrift „Le Monde diplomatique“ (LMd) deutlich. Eine „wesentliche Voraussetzung für das deutsche Wirtschaftsmodell“ war der Aufbau eines Handelsnetzes mit den Ländern Mittel- und Osteuropas, wird darin der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Stephen Gross zitiert.

Die Zeitung bringt es so auf den Punkt: „Genauer gesagt: der ungleiche Handel mit Polen, Tschechien, Ungarn und der Slowakei – also den Ländern der sogenannten Visegrád-Gruppe. Seit einem Vierteljahrhundert praktiziert das reiche Deutschland mit seinen Nachbarn genau das, was die USA mit ihren Fabriken in Mexiko betrieben: die Produktionsverlagerung ins benachbarte Ausland.“

Nationalkonservatismus als Reaktion

Das macht deutlich, dass Deutschland mitverantwortlich ist für das, wovor einige Beobachter inzwischen warnen: Einen neuen „Ostblock“ innerhalb der Europäischen Union (EU). So hieß es unlängst in der Online-Ausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift „Internationale Politik und Gesellschaft“ (IPG):

„Der neue Ostblock ist eine lose Staatenallianz – angeführt von, aber nicht beschränkt auf die Visegrád-Gruppe aus Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei – mit einer ähnlichen national orientierten Sicht der EU, der Menschenrechte, der parlamentarischen Demokratie und der Beziehungen zu Russland.“

Diese Allianz habe „eine Vision für die Umgestaltung der EU: Europa als Konföderation unabhängiger Nationalstaaten, das über die Freihandelszone hinaus nur wenige überstaatliche Aufgaben übernimmt. Dieses ‚Europa der Nationen‘, wie es diese Osteuropäer und ultrarechte Gruppen auf dem gesamten Kontinent oft nennen, soll aus souveränen, christlichen europäischen Staaten bestehen, die geeint sind durch ihre Ablehnung des Islam wie auch des Multikulturalismus.“

„Verlängerte Werkbank der deutschen Wirtschaft“

Der EU-Experte Andreas Wehr hat bereits gegenüber Sputnik betont: Die meisten großen osteuropäischen Industriebetriebe seien zu Tochterunternehmen westeuropäischer und vor allem deutscher Firmen geworden. „Das ist eine abhängige Entwicklung, die man dort feststellen kann. Das sah lange so aus, dass die Länder durch das starke Wachstum durch die Integration in die EU auch ganz zufrieden sind. Jetzt zeigen sich doch die Probleme: Man ist Arbeitskräftemarkt und exportiert Arbeitskräfte, so Polen nach Großbritannien, Irland, Skandinavien, Deutschland. Vor allem Fachkräfte. Es findet wenig eigene Initiative statt. Eigene große Unternehmen entstehen dort nicht. Das sind Sachen, an denen man sich jetzt stört und die zur Bewegung führen: Wären wir nicht besser aufgehoben, wenn wir wieder stärker auf die nationale Karte setzen?“

Der Politologe Erhard Crome beschrieb im Sputnik-Interview die Situation der Visegrád-Länder so: „Sie sind alle verlängerte Werkbank der deutschen Wirtschaft.“ Die inzwischen eher nationalkonservativen Regierungen in diesen Ländern hätten begonnen, „ein Gegengewicht zu bestimmten Vorstellungen aus Brüssel und Berlin abzugeben“.

Deutschland als Raubtier in Ost- und Mitteleuropa

Der LMd-Beitrag von Pierre Rimbert bestätigt die Aussagen von Wehr und Crome: „Mit dem Fall der Berliner Mauer begann die Raubtierfütterung. Schon während des industriellen Niedergangs in den frühen 1990er Jahren warfen multinationale Konzerne aus Deutschland

begehrliche Blicke auf die privatisierten Staatsbetriebe. In Erinnerung bleibt die Übernahme des tschechoslowakischen Autobauers Škoda durch Volkswagen im Jahr 1991.“

Der Autor verweist darauf, dass die bundesdeutsche Wirtschaft schon in den 1980er Jahren begann, in Ostmitteleuropa Zulieferer für die eigenen Produkte zu gewinnen. Das sei nach 1990 und den Veränderungen im Osten ausgebaut worden. Innerhalb von knapp zehn Jahren „wurden die Unternehmen in den mittel- und osteuropäischen Ländern in Fertigungsketten eingegliedert, die vor allem von deutschen Unternehmen kontrolliert wurden“, wird die Wirtschaftswissenschaftlerin Julie Pellegrin zitiert. Zudem seien die deutschen Auslands-Direktinvestitionen (ADI) in diesen Ländern von 1991 bis 1999 um das 23-fache gestiegen, so Autor Rimbart.

„Zu Beginn der 2000er Jahre tätigte Deutschland allein mehr als ein Drittel der ADI in den Ländern der Visegrád-Gruppe und weitete den Einflussbereich seines Kapitals auf Slowenien, Kroatien und Rumänien aus. ... 1990 betragen die Durchschnittslöhne von Warschau bis Budapest schließlich nur ein Zehntel dessen, was in Berlin gezahlt wurde; 2010 war es ein Viertel.“

„Industrieimperium kauft Arbeitskraft seiner Provinzen“

Die osteuropäischen Arbeitskräfte seien wegen ihrer soliden Berufsausbildung aus der Zeit des Sozialismus gefragt gewesen. Für die Fabrikverlagerungen hätten zudem die kurzen Transportwege gesprochen, um die Zulieferprodukte nach Deutschland zu bringen. Als 2004 die EU-Osterweiterung begann, „war die Angliederung der Region an den deutschen Industrieraum schon weit fortgeschritten“, stellt Rimbart fest. Er beschreibt die Folgen so: Der Schatten, den die deutsche Wirtschaftsmacht „auf die Landkarte des Kontinents wirft, hat die Umrisse eines Industrieimperiums, dessen Zentrum die Arbeitskraft seiner Provinzen aufkauft“.

Zwar seien auch die westeuropäischen Nachbarn und Österreich auf den Handel mit Deutschland angewiesen. Aber diese Länder hätten sich „eine gewisse Autonomie“ bewahrt. „In den osteuropäischen Ländern hingegen verharrt die Industrie in einem subalternen oder gar kolonialen Zustand und ist nach wie vor von ihrem Hauptkunden abhängig: Deutschland.“ Diese Entwicklung habe dazu beigetragen, dass es der bundesdeutschen Wirtschaft und Politik gelang, die eigenen Beschäftigten „mit den Hartz-Gesetzen in die Mangel zu nehmen“. „Der Widerstand gegen die Gesetze zur Flexibilisierung der Arbeit lief ins Leere, und die Löhne gingen runter“, erinnert Rimbart.

Deutschland als größter Nutznießer der EU-Gelder

Doch die Bundesrepublik profitiert noch auf anderen Wegen: „Für die deutsche Industrie hat sich die Entstehung einer verlängerten Werkbank vor der eigenen Haustür in jeder Hinsicht gelohnt. Denn ein erheblicher Teil der EU-Gelder, die für die neuen Mitgliedstaaten bestimmt waren, flossen wie durch Zauberhand letztlich nach Deutschland.“ Deutschland sei „mit Abstand der größte Nutznießer der Investitionen“, die durch die EU-Politik in den Visegrád-Ländern getätigt wurden. Das hat laut LMD der polnische Ökonom Konrad Popławski festgestellt. Das gelte auch für die Verkehrs-Infrastruktur, die den Transport zwischen Deutschland und den ost- und südeuropäischen Produktionsstandorten absichert.

„Für die Visegrád-Länder fällt die Bilanz eher durchwachsen aus“, meint der Autor. Zum einen hätten ihnen „die deutschen Investitionen einen Modernisierungsschub und massive Technologietransfers sowie Produktivitäts- und Lohnsteigerungen beschert“. Andererseits sei die Region, dieser neue „Ostblock“, jedoch „auf die Rolle einer Zulieferwirtschaft festgelegt, deren Produktionsanlagen westeuropäischen und vor allem deutschen Unternehmen gehören“. Rimbart betont: „Aus der Rolle der Montagewerkstatt ausbrechen, eigene Produktionskapazitäten für den europäischen Markt aufbauen: Das ist die ökonomische Seite des EU-skeptischen, konservativ-autoritären Regierungsmodells in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei.“ Scheitere dieses Modell, „dürfte der relative Wohlstand in den Visegrád-Ländern – selbst wenn die Löhne plötzlich in die Höhe schnellen würden – nur eines

befördern: den Absatz deutscher Autos.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31951/28/319512828.jpg>

Dan-news.info: „Von Beginn des Jahres bis zum 12. Februar haben 837 Patienten, die vom Territorium des Donezker Oblast, der zeitweise unter Kontrolle der Ukraine steht, hochspezialisierte medizinische Behandlungen erhalten“, teilte der Pressedienst des Gesundheitsministeriums der DVR mit.

Davon haben 169 Patienten an Chemotherapien, Strahlentherapien oder operativen Behandlungen von Krebserkrankungen teilgenommen, 18 Frauen durchliefen gynäkologische Operationen, 23 wurde im Rahmen der Geburtshilfe behandelt.

de.sputniknews.com: Putin und Trump erörtern palästinensisch-israelischen Konflikt. Die Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Donald Trump, haben in einem Telefongespräch Probleme der Beilegung des palästinensisch-israelischen Konflikts erörtert. Das teilte Putin am Montag bei einem Treffen mit Palästinenserchef Mahmud Abbas mit, der zu einem Besuch in Moskau weilt.

„Ich habe eben mit US-Präsident Herrn Trump telefoniert. Selbstverständlich sprachen wir über die Beilegung des Konflikts zwischen Israel und Palästina“, sagte der russische Präsident.

Nach Angaben des Kreml wurden auch einige andere Aspekte der Nahost-Regelung erörtert. Trump habe ferner zum Absturz einer russischen Passagiermaschine bei Moskau kondoliert, bei dem am vergangenen Sonntag alle 65 Fluggäste und sechs Crew-Mitglieder ums Leben gekommen waren.

Wpered.su: Heute, am 12. Februar, finden in Donezk festliche Veranstaltungen aus Anlass des 100. Jahrestages der Ausrufung der Donezko-Kriworoshsckaja Republik statt. An ihnen nehmen Vertreter der KP der DVR teil.

„Vor hundert Jahren erhob sich der Donbass von den Knien und fand die Kraft gegen die äußeren Okkupanten zu kämpfen. Als vor vier Jahren die Gefahr des Nationalfaschismus drohte, ist der Donbass wieder aufgestanden. Heute haben wir Blumen am Denkmal des Gründers der DKR Artjom niedergelegt. Wir wissen gut, dass er und seine Mitkämpfer unser Gebiet wiedergeboren haben. Aber das Wichtigste ist – sie haben für den Sozialismus gekämpft. Wir müssen uns an diesen Menschen ein Beispiel nehmen. Wenn wir uns genau solche Ziele setzten wie sie, was auch die Kommunisten der DVR tun, dann werden wir siegen“, sagte der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow.

In der Hauptstadt der Donezker Volksrepublik fanden eine Kundgebung und eine Niederlegung von Blumen am Denkmal von Artjon, ein Runder Tisch, eine feierliche Ausgabe

von Briefmarken und die Eröffnung eines neuen Ausstellungssaals statt.

de.sputniknews.com: Ukraine schreibt nach Österreich geflohenen Journalisten zur Fahndung aus.

Regierungskritische Journalisten in der Ukraine sehen sich zunehmend mit Unterdrückung konfrontiert und setzen sich teilweise ins europäische Ausland ab – so auch der Chefredakteur der regierungskritischen Onlinezeitung Strana.ua, Igor Guschwa, der nach Österreich fliehen musste. Nun hat ihn ein Kiewer Gericht trotzdem zur Fahndung ausgeschrieben.

Ein Kiewer Gericht hat gegen Guschwa, der zu den schärfsten Kritikern des amtierenden ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zählt, Haftbefehl erlassen. Von offizieller Seite wird ihm Steuerhinterziehung und Gelderpressung vorgeworfen, Beobachter vermuten hinter der Strafverfolgung allerdings politische Motive.

Im Mittelpunkt dürfte die journalistische Tätigkeit von Guschwa und seinem Online-Nachrichtenportal stehen, das die aktuelle ukrainische Regierung scharf kritisiert.

Gegen die Gerichtsentscheidung kann kein Einspruch eingelegt werden. Die Fahndung nach dem flüchtigen Journalisten obliegt nun der ukrainischen Staatsanwaltschaft.

Guschwa war zunächst im Juni 2017 in Kiew wegen Erpressungsverdachts festgenommen worden. Ihm wurde angelastet, Geld für die Nichtveröffentlichung kompromittierender Informationen über einen amtierenden Politiker gefordert zu haben.

Er wurde am 26. Juni 2017 gegen die Zahlung einer Kaution von 544.000 Griwna (mehr als 15.700 Euro) freigelassen.

Guschwa wies alle Vorwürfe stets zurück und bezeichnete die Strafverfolgung gegen ihn als eine Provokation.

Ende Januar setzte er sich schließlich nach Österreich ab und beantragte dort Asyl. Als Gründe gab der 43-Jährige „Druck seitens der Regierung“ und anonyme Morddrohungen an. „In der Ukraine kann ich nicht mit einem fairen Verfahren rechnen. Ich kann nicht damit rechnen, dass meine Rechte und Freiheiten verteidigt und mein Leben geschützt wird“, erklärte der Chefredakteur damals.

Der Journalist hatte sich auch bereits mehrfach darüber beklagt, dass er sowie die Journalisten seiner Redaktion regelmäßig Morddrohungen und „Androhungen physischer Gewalt“ erhalten würden.

„Igor Guschwa ist nach Wien gefahren und hat bei den österreichischen Behörden gemäß dem üblichen Verfahren Asyl beantragt“, hieß es dazu in einem Schreiben seines Portals Strana.ua. Die österreichischen Behörden sollen dem Journalisten bereits eine Aufenthaltsgenehmigung ausgestellt haben.